

Offener Brief

# Angst um grüne Wiesen

Lisa Marie Albrecht, 30.06.2015 18:23 Uhr



Die A8 am Irschenberg. Foto: Lisa Marie Albrecht / Lokales

## **Fachverbände appellieren an Söder, Bayerns Landschaften zu schützen.**

In einem offenen Brief baten unter anderem die Vorsitzenden der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, die Bayerische Architektenkammer und der Bund Naturschutz Heimatminister Söder darum, das in Bayern gültige Anbindegebot nicht weiter zu lockern.

Laut Gebot dürfen neue Siedlungen nur an bestehende angeschlossen werden, wodurch die freien Landschaften vor Bebauung geschützt werden. In der Heimatstrategie „Heimat Bayern 2020“ seien jedoch Erleichterungen für Gewerbeansiedlung, vor allem an Autobahnen und vierspurigen Straßen geplant.

Dies führe laut Fachverbänden zu Zersiedelung, dem Verfall von Dörfern und unterstütze den Kampf der Kommunen um neue Gewerbeansiedlung. Der Bund Naturschutz hat zudem eine Massenpetition gestartet, die den Bayerischen Landtag auffordert, nachhaltige, flächensparende Siedlungsstrukturen zu planen, die Innenentwicklung unterstützen.

## 2 Politik

φ III, Frey, Schmid

MM  
2.7.15

### KOMMENTARE

Ein Vorstoß des Heimatministers

### *Gefahr für Bayern*

Manche lernen's nie. Vor Jahren schon hat die CSU dem Drängen internationaler Handelsriesen nachgegeben. Einmal, als sie so genannte Factory Outlet Center auf der grünen Wiese erlaubte. Das zweite Mal, als sie durch einen Trick - die Änderung der erlaubten Verkaufsfläche - Tür und Tor für Lebensmittel-Discounter öffnete. Damit Aldi seine Segnungen nun wirklich ins kleinste Dorf entfaltet. Die fatalen Folgen dieses Beschlusses, für den irreführende örtliche Abgeordnete gekämpft hatten, lassen sich zum Beispiel im kleinen Mammendorf im Landkreis Fürstentum beobachten. Dort wird Ende September der letzte innerörtliche Edeka-Markt schließen. - weil weit draußen im neuen Gewerbegebiet ein Aldi entsteht. Hier ist der Aldi, und da bin i dahom - Bravo, so kann man Bayern auch kaputt machen.

Wenn nun das so genannte Anbindegebot gelockert wird, dann wiederholt - ausgerechnet - „Heimatminister“ Söder die Fehler seiner Vorgänger. Er spielt mit Bayerns Landschaft, es droht weitere Zersiedelung und ein Ausbluten der Innenstädte. Söder will neue Gewerbegebiete nicht nur am Rand gewachsener Dörfer genehmigen - sondern auch weit weg von jeglicher Bebauung längs der Autobahnen und Bundesstraßen. Nächste Ausfahrt Toom-Baumarkt, sozusagen. Danke dafür. Klar, der Jubel der Dorfbürgermeister wird dem Heimatminister sicher sein - sie können ihre kaum verwertbaren Fluren entlang der Schnellstraßen nun versilbern. Das Nachsehen haben einmal mehr im Ort verwurzelte Geschäftsleute (so es sie noch gibt). Und die Kulturlandschaft. Das Wort Heimatministerium sollte Söder dann vom Türschild streichen.



**Dirk Walter**

Sie erreichen den Autor unter  
Dirk.Walter@merkur.de.



# Hügel, Hallen und Hotels

Heimatminister Markus Söder will künftig Gewerbegebiete in der freien Landschaft zulassen, um die Wirtschaft zu fördern. Experten und Umweltverbände befürchten, dass in Bayern bald Industrielandschaften nach italienischem Vorbild entstehen

sz 17. 2015

VON CHRISTIAN SEBALD

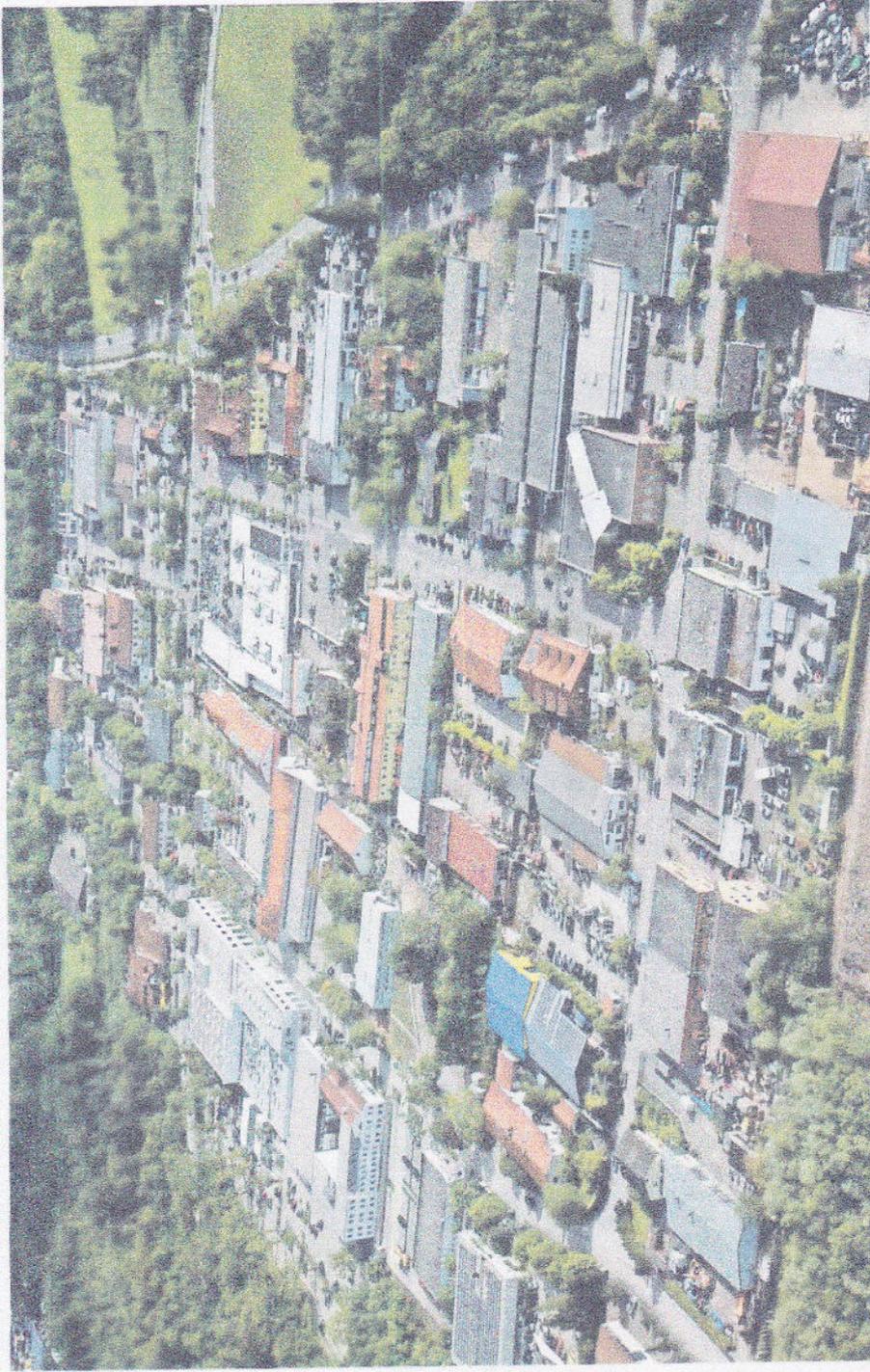
**München** – Die Obere Arger ist ein idyllisches Flüsschen im Oberallgäu unweit von Oberstaufen. Still fließt es in Schiefen durch das Hügelland mit seinen Kuhweiden. Nur im Eistobel wird die Obere Arger richtig wild. Dort stürzt ihr Wasser, eingerahmt von bis zu 130 Meter hohen Felshängen, über mehrere Kaskaden hinab, bevor sie dann an Grünenbach vorbei in Richtung Wangen fließt.

Seit Jahren schon wollen die 1500-Einwohner-Kommune Grünenbach und drei weitere Gemeinden ein Gewerbegebiet in das Allgäuer Hügelland betonen. Bisher vergeblich. Sollten nun jedoch die Pläne von Heimatminister Markus Söder (CSU) Wirklichkeit werden, könnten die vier Oberallgäuer Kommunen doch ihr Gewerbegebiet einrichten. So wie viele andere Landgemeinden auch überall in Bayern, die nichts lieber täten, als Gewerbegebiete in die freie Landschaft zu setzen.

## Noch müssen Neubaugebiete an bestehende Siedlungen angebunden sein

Die Stichworte für Söders Pläne: Landesentwicklungsprogramm (LEP) und Anbindegebot. Das LEP ist jener Masterplan, in dem die Staatsregierung seit mehr als 40 Jahren festlegt, wie sie sich ein starkes und prosperierendes Bayern vorstellt. Das LEP soll Antworten auf alle großen Herausforderungen liefern, vor denen der Freistaat steht: auf den demografischen Wandel und die Entvölkerung der ländlichen Regionen genauso wie auf die Energiewende und den Klimawandel. Das Anbindegebot ist ein zentraler Bestandteil des LEP. Es besagt, dass neue Baugebiete nicht einfach in der freien Landschaft ausgewiesen werden dürfen. Sondern immer nur direkt in Anschluss an Ortschaften, Neubaugebiete müssen gleichzeitig an Gemeinden angebunden sind.

Eben dieses Anbindegebot will Söder nun aufweichen. Nach seinen Vorstellungen sollen künftig Gewerbe- und Industriegebiete an Ausfahrten von Autobahnen und entlang großer Bundesstraßen auch dann möglich sein, wenn sie dort keinerlei Verbindung zu einer Gemeinde haben. Außerdem sollen Hotels, Spaßbäder und andere große Freizeit- und Tourismusprojekte von nun an einfach in die freie Landschaft gesetzt werden können. So wie auch sogenannte interkommunale Gewerbe-



Flächenfrage: Jeden Tag werden 18 Hektar in Bayern zugebaut. Hier das Gewerbegebiet Hasenheide bei Fürstentfeldbruck.

FOTO: JOHANNES SIMON

gebiete. Das sind Gewerbegebiete, die wie jenes im Argental von mehreren Kommunen gemeinsam betrieben werden. Söder verspricht sich von seiner Initiative, so hat er es in seiner Regierungserklärung im November 2014 verkündet, nicht nur neue Einnahmen für die Kommunen. Er will damit auch die Menschen auf dem Land halten – indem er dort neue Arbeitsplätze schafft. Dies gelte vor allem für strukturschwache Regionen. Experten und Umweltverbände üben heftige Kritik an Söders Plänen. Die Bayerische Architektenkammer, die Akademie für Städtebau und Landesplanung, der

Landesverein für Heimatpflege, der Bund Naturschutz (BN) und andere Organisationen haben jetzt sogar eine Massenpetition dagegen gestartet. Ihre Befürchtung: Der Flächenraub wird explodieren. Schon jetzt beträgt er 18 Hektar am Tag und summiert sich aufs Jahr gesehen auf die Größe einer Stadt wie Regensburg. Aber das ist nicht die einzige Befürchtung gegenüber Söders Plänen. Auch die Zersiedelung der Landschaft könnte schlimme Ausmaße annehmen, wenn Gewerbegebiete, Hotels und andere Projekte einfach in die freie Landschaft gebaut werden können. „Bayern wird schnell aussehen wie die oberitalien-

womöglich noch vor der Sommerpause im Kabinett präsentieren. Wohin die Reise geht, kann man an einer Stellungnahme des Innenministeriums zu dem Gewerbegebietsplänen der vier Oberallgäuer Gemeinden im Oberen Argental ablesen. Nach dem bisherigen LEP habe das Projekt nicht genehmigt werden können, heißt es darin. Daher habe sich die Regierung von Schwaben stets dagegen ausgesprochen. Dann verweist das Innenministerium auf die beabsichtigten Lockerungen durch Söder. Danach sei das Gewerbegebiet sehr wohl möglich. Es dürft also nicht mehr lange dauern, bis es eingerichtet wird.



So mancher Riesen-Supermarkt auf der grünen Wiese wurde nicht wirklich benötigt. (Foto: dpa)

03.07.2015

## Kampf gegen Söders Heimatstrategie

Eine erleichterte Ausweisung von Gewerbegebieten birgt nach Meinung von Architekten und Umweltschützern diverse Risiken

**Gleich mehrere Verbände im Freistaat schlagen Alarm und warnen vor der „Heimatstrategie“ von Bayerns Finanz- und Heimatminister Markus Söder (CSU): Sie zerstöre eine in Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft durch die Ansiedlung neuer Gewerbegebiete. Die Bürgermeister haben allerdings eine andere Sicht: Das Vorhaben fördere die gleichwertigen Lebensverhältnisse.**

Wer in die todernsten Gesichter der Dame und der vier Herren auf dem Podium im Münchner Presseclub hoch über dem Marienplatz schaut, dem kann Angst und Bang werden um den Freistaat. Durch die großen Fenster fällt heller Sonnenschein von einem strahlend blauen, eben typisch bayerischen Himmel herein – aber drinnen ist gefühlt alles grau und duster, besonders die Zukunft der Landschaft.

Es droht durch eine künftig erleichterte Ausweisung von Gewerbegebieten nichts weniger als der „Ausverkauf unserer bayerischen Kulturlandschaft“ – so die Überzeugung von Hubert Weiger und Richard Mergner, Landesvorsitzender und Landesbeauftragter vom Bund

Naturschutz, Andrea Gebhard, der Landesvorsitzenden der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Rudolf Scherzer, dem Vizepräsidenten der Bayerischen Architektenkammer und Martin Wölmüller, dem Geschäftsführer des Landesvereins für Heimatpflege.

Obwohl politisch keine natürlichen Verbündeten, haben sie sich für eine geplante Massenpetition zusammengeschlossen. Gemeinsam, so die Überzeugung, werde man den Landtag wohl noch rechtzeitig zum Einschreiten gegen den Plan der Staatsregierung bewegen können. Bedroht fühlen sich die vier Verbände, die auch noch von den Berufsständischen Organisationen der Landschaftsarchitekten und Bauingenieure unterstützt werden, von der „Heimatstrategie“ von Bayerns Finanz- und Heimatminister Markus Söder (CSU). Bis zum Jahr 2020, so plant es der Ressortchef, sollen Ausweisungen von neuen Gewerbegebieten in Bayern deutlich leichter möglich sein als bisher. Momentan gilt noch ein so genanntes Anbindegebot. Das heißt, ein neuer Industriepark, ein Outletcenter oder ein Riesen-Supermarkt soll möglichst da entstehen, wo schon Industrie- und Gewerbegebäude vorhanden sind. Laut „Heimatstrategie“ soll das aber bald auch an ganz normalen Autobahnabfahrten oder eben auf der berühmten grünen Wiese möglich sein.

## **"Ruinöser Wettbewerb bei der Gewerbesteuer"**

Doch immer mehr Gewerbegebiete, davon sind die Verbandsvertreter überzeugt, werden bei den bereits vorhandenen die Preise drücken. Um Unternehmen am Ort zu halten, könnten Kommunen in einen Konkurrenzkampf um das günstige Angebot geraten. Wohin das führe, sehe man am besten in Norditalien. Über hunderte Kilometer hinweg, weit jenseits der Ortsgrenzen, reiht sich dort ein Gewerbegebiet ans andere, eine schier unendliche Ansammlung von gigantischen und hässlichen Hallen, die der Landschaft jeden Charme und Reiz genommen haben.

Manches, was da in diesem Stil demnächst auch in Bayern entstehen könnte, wirkt durchaus beängstigend. Ein Flyer wird verteilt, darauf ein Foto mit Kühen auf sanften Hügeln – Allgäu pur. Dieser Idylle droht das interkommunale Gewerbegebiet „Auf der Au“ im Argental im Landkreis Lindau, „inmitten eines landschaftlichen Vorbehaltsgebiets. Mehr als acht Hektar groß soll es werden. Und obwohl es Alternativen gäbe – etwa ein ehemaliges Sägewerk, ein früheres Autohaus und die Fläche eines Milchwerks – würden diese von den Gemeinden Gestratz, Grünenbach, Maierhöfen und Röthenbach abgelehnt.

So scheinen also die Fronten: Gewinnorientierte Kommunen ohne ökologisches Verantwortungsbewusstsein auf der einen, verantwortungsbewusste Naturschützer auf der anderen Seite. Doch so einfach ist es nicht. Denn vor allem die Kommunen in strukturschwachen Regionen kämpfen verzweifelt gegen den demografischen Wandel. Keine neuen – und vor allem: unternehmensgerechten – Gewerbegebiete bedeuten keine neuen Jobs bedeuten Wegzug der Jüngeren bedeuten Aussterben des Ortes. Obendrein ist die Gewerbesteuer eine der wenigen eigenen Einnahmequellen der Kommunen – unverzichtbar in Zeiten, wo ihnen Land und Bund immer neue Aufgaben bei Kita-Betreuung, Flüchtlingen und Behinderten-Inklusion aufladen.

## **Gemeindetag begrüßt Vorhaben**

Auch ist die von den vier Verbänden als Alternative ins Spiel gebrachte „stärkere Nachverdichtung“ in den Innenstädten leichter gesagt als getan. Denn dem Plan, alte Häuser zu erweitern oder umzubauen oder gar für Neubauten in der City abreißen zu wollen geht in

Bayern meist ein jahrelanges Tauziehen zwischen den Stadtverwaltungen und meist ziemlich unnachgiebigen staatlichen Denkmalschützern voran. „Die Erleichterungen beim Anbindegebot sind deshalb richtig“, sagt Uwe Brandl (CSU), der Bürgermeister der Gemeinde Abensberg im Landkreis Kelheim und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, „denn damit wird dem Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Freistaat Rechnung getragen.“

Im Kern ist es also wohl ein Konflikt zwischen Artikel 3 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung, der eben dies fordert, und Artikel 141, der „kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten“ als „vorrangige Aufgabe von Staat und Gemeinden“ betont. Verfassungsartikel nach ihrer Wertigkeit kategorisieren dürfte aber eine undankbare Aufgabe werden. Die Bitte um eine Stellungnahme ließ das Finanzministerium allerdings bis Redaktionsschluss unbeantwortet. (*André Paul*)

## Söders "Heimatstrategie" stößt auf Widerstand

**München (DK) Widerstand auf breiter Front gegen die sogenannte „Heimatstrategie“ von Bayerns Finanz- und Heimatminister Markus Söder (CSU, Foto): Der Bund Naturschutz, die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), die Bayerische Architektenkammer und der Bayerische Landesverein für Heimatpflege befürchten einen „Ausverkauf unserer bayerischen Kulturlandschaft“ und starten deshalb eine Massenpetition.**

Konkret geht es den Verbänden um die vom Minister geplante Aufhebung des Anbindegebots in seiner Heimatstrategie – also die Erlaubnis, neue Gewerbegebiete künftig auch entfernt von traditionellen Siedlungen zu erlauben, beispielsweise an Autobahnabfahrten oder eben auf der berühmten grünen Wiese. „Das führt zu einem ruinösen Wettbewerb der Kommunen untereinander“, warnt Hubert Weiger, der Landesvorsitzende des Bund Naturschutz. Denn mehr Gewerbegebiete bedeuten einen Preisverfall bei der Gewerbefläche. Obendrein werde die Landschaft zersiedelt: „Dann sieht es irgendwann in Bayern so aus wie heute schon in Teilen Norditaliens – mit Gewerbegebieten, die sich auch zwischen den einzelnen Ortschaften über hunderte Kilometer erstrecken.“

Andrea Gebhard, die Landesvorsitzende der DASL, vermisst vor allem das steuernde Element im bayerischen Landesentwicklungsplan, das genau solche Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten im Freistaat verhindert habe. „Große und unzerschnittene Landschaftsräume waren ein charakteristisches Merkmal Bayerns.“ Als warnendes Paradebeispiel nennt sie unter anderem das interkommunale Gewerbegebiet „Auf der Au“ im Argental im Landkreis Lindau, einem landschaftlichen Vorhaltegebiet. Mehr als acht Hektar groß soll es werden. Obwohl Alternativen vorhanden wären – unter anderem ein ehemaliges Sägewerk sowie der frühere Standort eines Autohauses – würden diese nicht genutzt. Man appelliere an den Landtag, dieses Projekt zu stoppen, bevor es zu spät sei.

Auch wenn sich Architekten über jeden Auftrag grundsätzlich freuen – Rudolf Scherzer, der Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer, sieht seinen Berufsstand trotzdem in einer „gesamtgesellschaftlichen Verantwortung“. „Wir dienen nicht nur den Interessen des Bauherren, sondern erfüllen als Körperschaft des öffentlichen Rechts auch übergeordnete politische Aufgaben.“

Martin Wölmüller, der Geschäftsführer des Landesvereins für Heimatpflege, beklagt die durch die bisherigen Lockerungen bei der Gewerbeansiedlung schon entstandenen Folgen: „Die biologische Vielfalt in Bayern geht zurück, die Wasserqualität nimmt ab.“

Aber es gibt auch Befürworter der „Heimatstrategie“ – beispielsweise den mehr als 2000 Mitglieder zählenden Bayerischen Gemeindetag, also die Interessenvertretung der kleinen und mittleren Kommunen im Freistaat. Bürgermeister in strukturschwachen Regionen werde somit die Ansiedlung neuer Firmen erleichtert. „Damit wird dem Verfassungsprinzip einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern Rechnung getragen“, freut sich Uwe Brandl (CSU), der Bürgermeister der Gemeinde Abensberg im Landkreis Kelheim und Präsident des Gemeindetags.

Foto: Karmann/dpa

Von André Paul

zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden

Um Beiträge schreiben zu können, müssen Sie eingeloggt sein!

**Benutzername**

**Passwort**

Login

Noch keinen Zugang?  
Jetzt kostenlos registrieren!

Anmeldung über Cookie merken

## Massenpetition gegen anhaltenden Flächenverbrauch in Bayern

07.07.2015, Agra Europe / Alfons Deter



Schluss mit Gewerbegebietsausweisungen „auf der grünen Wiese“ Ein ressortübergreifendes Bündnis aus Fachverbänden und Einzelvertretern hat vergangene Woche in einem offenen Brief an Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder appelliert, im Rahmen der „Heimatstrategie“ die Landesplanung zu stärken, anstatt Gewerbegebietsausweisungen „auf der grünen Wiese“ und entlang wichtiger Straßen zu erleichtern.

An dem Schreiben beteiligten sich Interessenvertreter aus Architektur- und Städtebau, Landschafts- und Landesplanung sowie Natur- und Heimatschutz. Der Bund Naturschutz in Bayern (BN) startete darüber hinaus eine Massenpetition an den bayerischen Landtag unter dem Titel „Bayerns Schönheit bewahren - Orts- und Landschaftsbilder erhalten“.

Der BN befürchtet, dass die Landesplanung im Rahmen der Strategie „Heimat Bayern 2020“ geschwächt werden soll. Die darin genannten Vorhaben seien geeignet, die bayerische Kulturlandschaft stärker als bisher dem Wettbewerb der Kommunen um Gewerbeansiedlungen „zu opfern“. Unter anderem solle das Anbindegebot weiter gelockert werden, das die Anbindung neuer Siedlungsgebiete an bestehende Siedlungen festlege.

Der BN-Vorsitzende Hubert Weiger forderte Söder zu einem Kurswechsel auf. Anstatt durch zusätzliche Deregulierungen einem weiteren Flächenfraß Tür und Tor zu öffnen, sollte sich der Minister durch einheitliche Regeln für alle Gemeinden für „Bayerns Schönheit“ stark machen.



**KOPIE**

Herrn  
Staatsminister Dr. Markus Söder, MdL  
Bayerisches Staatsministerium der  
Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat  
Postfach 22 00 03  
80535 München

München, den 26.02.2015

---

**„Heimat Bayern 2020“ – Ausverkauf unserer bayerischen Heimat?  
Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Söder,

Ihre Regierungserklärung vom 27. November 2014 vor dem Bayerischen Landtag und die darin enthaltene Ankündigung, das Anbindegebot ein weiteres Mal zu lockern, hat bei uns, engagierten und erfahrenen Fachleuten der Landes-, Regional-, Stadt- und Landschaftsplanung, Unverständnis und ernste Sorge um die Zukunft unserer bayerischen Heimat ausgelöst.

So wichtig einige Ihrer Initiativen für strukturschwache ländlichen Räume sind, die von Abwanderung und Alterung der Bevölkerung betroffen sind - wie z.B. Änderungen in Förderprogrammen und im Finanzausgleich, dezentrale Innovations- und Hochschulförderung oder der Breitbandausbau - so unverständlich und leichtfertig ist aus unserer Sicht Ihre Absicht, wichtige Qualitäten der räumlichen Struktur Bayerns aufs Spiel zu setzen.

Die lebendige Vielfalt der bayerischen Landschaften mit ihrem erlebbaren Wechsel von offenen Landschaften und kompakten dörflichen und städtischen Siedlungen darf nicht einer

POSTANSCHRIFT:

POSTFACH 22 12 53  
80502 MÜNCHEN

GEBÄUDEANSCHRIFT:

FRANZ-JOSEF-STRAUSS RING 4  
80539 MÜNCHEN

TELEFON:

089 / 2192 – 3355

TELEFAX:

089 / 2192 – 13355

E-MAIL:

dasl-bayern@stmi.bayern.de

weiteren Zersiedlung und ausufernden Gewerbebändern entlang der Autobahnen geopfert werden, wie wir sie z.B. in Oberitalien seit langem als Fehlentwicklung kritisieren.

Stattdessen gilt es gerade in einem Tourismusland wie Bayern, die von den Bahnstrecken und Fernstraßen aus sichtbaren hochwertigen Landschafts- und Ortsbilder Bayerns zu erhalten und neben sicherer Mobilität ein lebendiges Bild unserer Heimat zu vermitteln.

Dabei geht es nicht nur um den Erhalt und die Pflege unserer über die Landesgrenzen hinaus geschätzten, traditionellen Kulturlandschaften, sondern auch um die qualitätsvolle Weiterentwicklung bereits verstädterter oder technisierter Landschaften und Peripherien in Bayern. In deren Aufwertung durch sorgfältige Nachverdichtung, Nutzungsmischung und Wiederverwertung liegt das ländliche Potential in wirtschaftlicher, infrastruktureller und demographischer Hinsicht, das gerade durch die Möglichkeiten der von Ihnen stark geförderten, flächendeckenden Digitalisierung befördert wird. Aus unserer Sicht ist dies ein vielversprechenderer Weg als der weitere Verbrauch wertvollen Bodens. Ebenso wird dieser Prozess zur Vielfalt der bayerischen Kulturlandschaften weitere Identität stiftende Bilder und kulturelle Qualitäten beitragen, die in einer globalisierten, mehr und mehr gleichförmigen Welt als Standortfaktor ausschlaggebend sind.

Mit den von Ihnen beabsichtigten Änderungen des Anbindegebots im Landesentwicklungsprogramm entfernt sich dieses zentrale Steuerungsinstrument für die Zukunft Bayerns immer mehr von seiner Aufgabe, auf der Basis unserer gemeinsamen kulturellen Werte ein räumliches Zukunftsbild unseres Landes zu entwerfen und umzusetzen.

Kommunale Entscheidungen zur Siedlungsentwicklung, die auf mehrere Generationen und über die Grenzen der einzelnen Gemeinde hinaus die Lebensqualität für viele Menschen in diesem Land prägen, brauchen verbindliche landesweite Qualitätsvorgaben. Versäumnisse und Laissez-Faire in der Landesplanung sind nicht korrigierbar. Gerade auch im Hinblick auf den zukünftigen Landschaftswandel im Zuge einer sicher sinnvollen Energiewende werden sie für viele Generationen die kulturellen und landschaftlichen Qualitäten unserer Heimat zerstören, um die uns die meisten anderen Länder in Europa beneiden. Stattdessen ist das

Gebot der Stunde, die Qualitäten unserer Heimat zu schützen und gegen einseitige wirtschaftliche Ziele der Raumnutzung zu verteidigen.

Sie, Herr Staatsminister, wissen ebenso gut wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und wir als Fachleute, dass großzügige Flächenangebote für Gewerbeansiedlungen den harten Wettbewerb der Kommunen um Gewerbesteuerzahler immer weiter anheizen und zu einem qualitativen Unterbietungswettbewerb pervertieren. Unternehmerische Investitionsabsichten und Ansiedlungsentscheidungen sind kurzfristig orientiert und vor dem Hintergrund einer europaweiten und globalen Kapitalverflechtung und Standortkonkurrenz immer weniger von den lokal Verantwortlichen einzuschätzen oder gar zu beeinflussen.

Am Ende dieses Wettbewerbs werden nur wenige Gemeinden tatsächlich von nachhaltig höheren Gewerbesteuereinnahmen und Arbeitsplätzen profitieren, und sehr viele durch Fehlplanungen und Fehlinvestitionen in die Infrastruktur als Verlierer zurückbleiben.

Statt qualitätssichernde und auch die Nachbargemeinden schützende Regeln des LEP preiszugeben, gilt es vielmehr, die interkommunale und regionale Kooperation zu stärken und zu einem ausgewogenen Interessenausgleich beizutragen. Wo landesplanerische Vorgaben im Einzelfall tatsächlich zu unbeabsichtigten Härten und nicht intendierten negativen Wirkungen für die gemeindliche Entwicklung führen, gibt es mit dem Instrument des Zielabweichungsverfahrens ein bewährtes Regulativ.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Söder, wir appellieren eindringlich an Sie:

- Erhalten Sie das ohnehin durch viele Ausnahmen ausgehöhlt Anbindegebot in seiner jetzigen Fassung!
- Passen Sie die Zentralen Orte nicht nur an die kommunale Realität an, entwickeln Sie vielmehr dieses System weiter im Kontext unserer mobilen, digitalen, aber auch älter werdenden Gesellschaft unter sich verändernden Beziehungen zwischen Stadt, Land und Region oder zwischen Zentren und vermeintlichen Peripherien!
- Fördern Sie die immer wichtiger werdende interkommunale Zusammenarbeit.

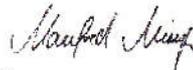
- Lassen Sie die Wirkungen und Steuerungsmöglichkeiten des LEP zur Wahrung der Qualitäten unserer Heimat wissenschaftlich seriös untersuchen, auch im Vergleich zu anderen deutschen und europäischen Ländern!
- Ziehen Sie dann nach sorgfältiger Konsultation der breiten fachlichen Expertise im Landesplanungsbeirat Schlussfolgerungen für eine Weiterentwicklung des LEP, damit dieses zentrale Instrument staatlicher Politik wieder zu einem wirksamen und qualifizierten Gesamtplan der räumlichen Entwicklung Bayerns und damit des ländlichen Raums werden kann!

Auf dem Weg zur Erhaltung und Zukunftsgestaltung unserer bayerischen Heimat unterstützen wir Sie gerne mit unserer fachlichen Expertise.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Gebhard  
Vorsitzende | DASL Landesgruppe Bayern



Prof. Manfred Miosga  
Mitglied Beirates für Raumentwicklung



Lutz Heese  
Bayerische Architektenkammer



Marion Bartl  
BDB Bayern



Marion Linke  
BDLA Bayern



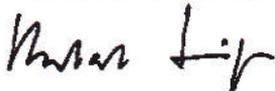
Martin Wölmüller  
Bayerischer Landesverein für Heimatpflege



Gert Karner  
Vorsitzender VBI-LV Bayern



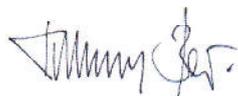
Philipp Falke - SRL  
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung



Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender BUND Naturschutz in Bayern e.V.



Florian Dilg  
BAB Berufsverband



Karl-Heinz Beer  
BDA Bayern



Landesgruppe Bayern der  
Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung



Bayerischer Landesverein  
für Heimatpflege e.V.

## Pressemitteilung

# Heimat Bayern 2020 – Ausverkauf unserer bayerischen Kulturlandschaft?

**Bündnis der Fachverbände appelliert an Heimatminister Söder  
Gewerbegebietsausweisungen auf der Grünen Wiese nicht zu  
erleichtern**

### Massenpetition wird gestartet

Ein breites Bündnis zahlreicher Fachverbände und Fachleute aus Architektur- und Städtebau, Landschafts- und Landesplanung sowie Natur- und Heimatschutz ist angesichts der Planungen zur Heimatstrategie in großer Sorge um die bayerische Kulturlandschaft. Die im Bündnis versammelte Fachkompetenz appelliert gemeinsam an den bayerischen Heimatminister Söder, die Landesplanung zu stärken, anstatt Gewerbeansiedlungen auf der grünen Wiese und an großen Straßen weiter zu erleichtern.

„Die lebendige Vielfalt der bayerischen Landschaften mit ihrem erlebbaren Wechsel von offenen Landschaften und kompakten dörflichen und städtischen Siedlungen darf nicht einer weiteren Zersiedlung und ausufernden Gewerbegebieten entlang der Autobahnen geopfert werden“, erklärt Andrea Gebhard, Vorsitzende der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern (DASL).

„Großzügige Flächenangebote für Gewerbeansiedlungen entlang der Autobahn verstärken den Wettbewerb der Kommunen um Gewerbesteuerzahler. Ohne bedarfsgerechte qualitätvolle Planungskonzepte und ohne die Sicherung einer Nachnutzung von Gewerbeflächen in weniger zentral gelegenen Kommunen, wird ein großer Teil des ländlichen Raums an wirtschaftlicher und gestalterischer Attraktivität verlieren“, erläutert Rudolf Scherzer, Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer.

„Es ist Aufgabe von Heimatminister Söder mit einheitliche Regeln für alle Gemeinden Bayerns Schönheit zu bewahren, anstatt durch zusätzliche Deregulierungen einem weiteren Flächenfraß Tür und Tor zu öffnen“, so Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern.

Martin Wölmüller, Geschäftsführer des Landesvereins für Heimatpflege warnt: „An den Kulturlandschaften ist deutlich zu sehen, wie der Mensch die Geschenke der Natur annimmt: Reißt er ihr die Gaben heraus oder nimmt er bewusst und behutsam entgegen, was sie ihm, ohne Schaden zu nehmen, anbieten kann?“

Im Rahmen der sog. „Heimatstrategie“ Heimat Bayern 2020 beabsichtigt das bayerische Kabinett die Landesplanung weiter zu schwächen. Die darin genannten Vorhaben sind dazu geeignet, die bayerische Kulturlandschaft noch stärker als bisher dem ruinösen Wettbewerb der Kommunen um Gewerbeansiedlungen zu opfern. U.a. soll das ohnehin durch viele Ausnahmen ausgehöhlt Anbindegebot weiter verwässert werden. Das Anbindegebot legt fest, dass neue Siedlungsgebiete nur angebunden an bestehende Siedlungen errichtet werden dürfen. Es sichert damit die kennzeichnenden Ortsbilder,



Bayerische  
Architektenkammer



München,  
30.06.2015  
PM 14/15/FA  
Umweltpolitik

Fachabteilung  
München  
Pettenkoferstr. 10 a / I  
80336 München

Tel. 089/54 82 98 63  
Fax 089/54 82 98 18

fa@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de



schützt die freie Landschaft vor Bebauung und ermöglicht kurze Wege.

*Den gesamten offenen Brief an Heimatminister Söder entnehmen Sie dem Anhang dieser Pressemitteilung.*

### **Massenpetition gestartet**

Der BUND Naturschutz startet eine Massenpetition an den bayerischen Landtag mit dem Titel „Bayerns Schönheit bewahren - Orts und Landschaftsbilder erhalten“. Bayern ist deutscher Meister im Flächenverbrauch, an Autobahnausfahrten wuchern Gewerbegebiete nach amerikanischem Vorbild, die Zersiedelung mit Neubauten auf der Grünen Wiese schreitet täglich voran. Gleichzeitig veröden und verfallen in vielen Landesteilen die Ortskerne.

„Soll Bayerns Schönheit auch für künftige Generationen bewahrt werden, ist eine radikale Kurskorrektur in der Landesplanung nötig“, so Richard Mergner, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz.

In der Petition wird der Bayerische Landtag aufgefordert, sich zum einen gegen eine weitere Aushöhlung des Anbindegebotes im Landesentwicklungsprogramm auszusprechen. Zum anderen soll das Landesentwicklungsprogramm um konkrete Ziele einer nachhaltigen und flächensparenden Siedlungsstruktur zugunsten einer Innenentwicklung und gegen eine weitere Zersiedelung ergänzt werden. Die Petition kann unter [www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de) im Internet heruntergeladen und unterzeichnet werden.

### **Für Rückfragen:**

Andrea Gebhard, DASL-Landesgruppe Bayern, Tel. 089 96160890

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter, Tel. 0911 8187825, 0171-6394370

Martin Wölzlmüller Geschäftsführer Landesverein für Heimatpflege,

Tel. 089 286629-0

Thomas Lenzen, Fachgeschäftsführer Architektur und Technik, Bayerische Architektenkammer

Tel. 089 139880-0

## *Alptraum der Landesplaner* **Das Gewerbegebiet auf der grünen Wiese**

Heimatminister Söder will den Gemeinden entgegenkommen. Er ändert das Landesentwicklungsprogramm: Für die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten, für Hotels oder Freizeitanlagen soll das sogenannte Anbindungsgebot fallen.

Von: Regina Kirschner

Stand: 04.07.2015



### Alptraum der Landesplaner: Das Gewerbegebiet auf der grünen Wiese

Das heißt, dass an Autobahnanschlüssen oder auf freiem Feld zwischen zwei Ortschaften solche Neuansiedlungen zulässig sein sollen. Eine direkte Anschlussbebauung an den Ortsrand ist dann nicht mehr zwingend vorgeschrieben.

Bürgermeister vor allem ländlicher Gemeinden erhoffen sich dadurch neue Gewerbe- und Industrieansiedlungen und damit auch höhere Steuereinnahmen für ihre leeren Gemeindegeldbeutel

## Protest gegen Lockerung des Anbindungsgebots

Gegen die Pläne Söders laufen Fachleute Sturm. Die Bayerische Architektenkammer, die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, der Bund Naturschutz und der Landesverein für Heimatpflege sehen darin einen Ausverkauf der bayerischen Kulturlandschaft. Sie fürchten eine Entkernung der Dörfer und Städte und das Entstehen großer Industrie- und Gewerbebauten, wie sie schon jetzt entlang der Autobahnen in Ober-Italien und in Österreich zu beobachten sind.



Eine Gewerbefläche in Neubrandenburg, die buchstäblich auf die grüne Wiese gebaut wird

Die Architektenkammer prognostiziert zudem große leer stehende Gewerbebauten innerorts oder an den Ortsrändern, wenn auf der grünen Wiese neue Flächen ausgewiesen werden.

Der Bund Naturschutz verweist darauf, dass Bayern, entgegen aller offizieller Lippenbekenntnisse zum Flächensparen, an der Spitze aller Bundesländer beim Flächenverbrauch steht: Täglich werden im Freistaat 18 Hektar Land überbaut!

Da ihre Warnungen bei Söder und im Landesplanungsbeirat auf taube Ohren stießen, gehen die Gegner der Söder'schen Heimatstrategie nun an die Öffentlichkeit: Mit einer Massenpetition an den Bayerischen Landtag wollen sie erreichen, dass auch in einem novellierten Landesentwicklungsprogramm der Schutz der Kulturlandschaft zwingend vorgeschrieben wird.